

Sri Lanka: Geschichte zweier Streiks

Peter Main, Infomail 1046, 13. März 2019

Ein Großteil der Nachrichten aus Sri Lanka konzentriert sich entweder auf die Folgen des Bürgerkriegs gegen die TamilInnen oder auf die Rivalität zwischen den imperialistischen Mächten, die von den politischen Parteien des Mainstreams zum Ausdruck gebracht werden. Zwei langwierige gewerkschaftliche Dispute offenbaren jedoch die verzweifelte Situation, in der sich ArbeiterInnen aller Nationalitäten auf der Insel befinden.

Seit zwei Jahren fordern die Beschäftigten auf den Tee-, Kautschuk- und Kokosnussplantagen des Landes einen täglichen Grundlohn von 1000 Rupien (derzeit etwa 5 Euro) – eine Forderung, die Ranil Wickremasinghe, der amtierende Premierminister, während des Wahlkampfes unterstützte. Der vorherige, im Jahr 2016 vereinbarte Tarifvertrag lief im November aus. Seitdem wurden die ArbeiterInnen nicht bezahlt. Ihre Kampagne, die Streiks auf der Distriktebene im vergangenen November und Dezember einschloss und auch eine Demonstration am 23. Januar von Tausenden ArbeiterInnen und ihren AnhängerInnen in der Hauptstadt Colombo umfasste, enthielt die Forderung nach der Rückzahlung der Löhne zum neu vereinbarten Stundenlohn.

Am 27. Januar wurde den drei für Verhandlungen anerkannten Gewerkschaften ein Angebot des Arbeitgeberverbands unterbreitet, das auf den ersten Blick als ein großes Zugeständnis erschien, wenn es auch nicht alle Forderungen berücksichtigte. Sie schlugen vor, den Tagessatz von 500 auf 700 Rupien anzuheben: Faktisch stellte sich die Erhöhung jedoch als eine völlige Täuschung dar. Seit 2016 besteht der Tageslohn der Lohnabhängigen aus vier Elementen: dem Grundlohn von 500 Rupien und drei Zulagen, die zusammengenommen ein tatsächliches Entgelt von 730 Rupien ausmachen. In dem vorgeschlagenen neuen Vertrag wurden zwei dieser Vergütungen gestrichen, die dritte wurde von 30 auf 50 Rupien erhöht. Der tatsächliche Anstieg des Gehalts betrug also 20 Rupien oder etwa 10 Cent!

In der Frage der Nachzahlung haben sich die „Arbeitgeber“ bereiterklärt, ein Drittel zu zahlen, und die Regierung, die auch eine Verhandlungspartei ist, wird zwei Drittel übernehmen. Mit anderen Worten: Die Chefs wollen das Geld der Steuerzahler verwenden, um die Löhne der ArbeiterInnen zu zahlen!

Rolle der Bürokratie

Wenn das Angebot schon beleidigend niedrig war, stellte die Antwort der VerhandlungsführerInnen der Gewerkschaften eine Schande dar. Zwei von ihnen, der Ceylon Workers' Congress, angeführt von Arumugan Thondoman, und der Lanka Jathica Estate Workers' Union unter der Leitung von Wadiwel Suresh akzeptierten den Vorschlag! Die dritte Gewerkschaft, das von Mano Ganeshan geführte Joint Trade Union Center, lehnte das Angebot

jedoch ab. In acht Distrikten wehten daher noch einige Tage lang schwarze Flaggen, um zu zeigen, dass die Streiks auch nach der „Einigung“ fortgesetzt würden. Trotz der Vereinbarung hat die Regierung den Deal jedoch noch nicht offiziell gebilligt, obwohl er sogar auf dem Wohnsitz des Premierministers verhandelt wurde.

Wie aber konnte ein solch lächerliches Angebot von den Gewerkschaften akzeptiert werden? Die Antwort liegt nicht so sehr in der Unnachgiebigkeit und Gier der „ArbeitgeberInnen“, die immer noch hauptsächlich britischen Unternehmen zuzuordnen sind, als bei den politischen Prioritäten der Gewerkschaftsführer. Suresh ist nicht nur ein Mitglied der United National Party (UNP) des Premierministers Wickremasinghe, sondern auch ein Minister seiner Regierung. Thondoman war zuvor Kabinettsmitglied und blieb Abgeordneter, während Ganeshan ebenfalls Minister ist, aber die Demokratische Volksfront innerhalb der Tamil Progressive Alliance vertritt. Er ist Koalitionspartner der regierenden UNP. Da dieses Jahr Wahlen stattfinden werden, ringt jeder von ihnen um eine Position.

Es muss jedoch betont werden, dass es in der Auseinandersetzung um die Lohnforderungen auch Anzeichen für die Entwicklung einer größeren Militanz der ArbeiterInnenbasis gab, die über die Politik der Gewerkschaftsführungen hinausgehen könnte.

1000-Rupien-Bewegung

Ein Merkmal der Kampagne für 1000 Rupien (1000-Bewegung), das auf zukünftige Fortschritte hinweisen könnte, war die Unterstützung, die sie in den wichtigsten Städten, auch weit weg von den Plantagenbezirken, erhielt. Junge AktivistInnen mit Familien, die sich noch auf den Plantagen befinden, sowie Mitglieder linker Gruppen und Parteien organisierten Demonstrationen und Versammlungen in Solidarität mit streikenden ArbeiterInnen. Vor diesem Hintergrund wurde auch die „1.000-Bewegung“ gebildet, die die Unterstützung und Solidarität für die PlantagenarbeiterInnen organisiert.

Die Bedeutung des Plantagenstreiks wurde auch durch die Reaktion der Regierung auf eine von der „1000-Bewegung“ für den 24. Februar geplante Demonstration in Bogawanthalawa, einem städtischen Zentrum der Plantagenregion, unterstrichen. Am 23. Februar wurden AnhängerInnen der „1000-Bewegung“, darunter auch andere GewerkschafterInnen und StudentInnen, von Schlägern belästigt, die von Palani Digamburan, einem Mitglied der Regierung, organisiert wurden, als sie für die Bewerbung der Demonstration Flugblätter verteilten. Am 24. Februar kündigte die Regierung eine gerichtliche Anordnung zum Verbot der Kundgebung an. Mehrere AktivistInnen wurden festgenommen, zu einer Polizeistation gebracht und erst wieder freigelassen, als AnhängerInnen der Bewegung dagegen protestierten. Daraufhin hat Digamburan in Ranaw eine Gegendemonstration für Wickremasinghe in Bogawanthalawa organisiert. Angesichts dieser Regierungsoffensive verschoben die OrganisatorInnen der Protestdemo ihre Kundgebung auf Sonntag, den 3. März.

Die Gründung der „1000-Bewegung“ und die wachsende Unterstützung der Bevölkerung für die Ansprüche der PlantagenarbeiterInnen

sind zu begrüßen, aber auf lange Sicht ist klar, dass die Beschäftigten weder in Bezug auf die Bezahlung noch auf die Arbeits- und Lebensbedingungen entscheidende Fortschritte machen werden, solange sie von Gewerkschaften vertreten werden, die von bürgerlichen Politikern geführt werden. Die „1000-Bewegung“ selbst fordert die Bildung von ArbeiterInnenorganisationen in den Siedlungen, wo die Beschäftigten und ihre Angehörigen wohnen. Dies ist eine unterstützenswerte Initiative, vorausgesetzt, sie werden als demokratische Gremien etabliert, die den ArbeiterInnen gegenüber rechenschaftspflichtig sind. Lokale Organisationen können jedoch nur ein Teil der Antwort sein, und das langfristige Ziel sollte die Gründung einer gemeinsamen Gewerkschaft aller PlantagenarbeiterInnen sein. Zur Zeit gibt es mindestens sieben Gewerkschaften auf den Plantagen, von denen die größten seit Jahrzehnten eng mit dem Staatsapparat verbunden sind und praktisch als gelbe Gewerkschaften agieren.

Wie lässt sich also das Ziel am besten erreichen, eine einheitliche Gewerkschaft auf klassenkämpferischer und demokratischer Basis aufzubauen? Dazu bedarf es einer Kombination aus Bildung einer klassenkämpferischen Basisopposition innerhalb der etablierten Gewerkschaften und auch der Stärkung der noch nicht anerkannten kämpferischen Gewerkschaften oder auch Neugründungen. Insgesamt könnte dies zur Bildung einer einheitlichen Massengewerkschaft führen, die von den BürokratInnen und bürgerlichen PolitikerInnen gesäubert ist. Dies wird die Schlüsselfrage für alle PlantagenarbeiterInnen sein, ob diese bereits gewerkschaftlich organisiert sind oder nicht.

Streik in der Freihandelszone

In einem völlig anderen Zusammenhang streikten 500 Beschäftigte bei ATG, einem Unternehmen für industrielle Handschuhe, das sich in der Freihandelszone in der Nähe des Flughafens von Colombo befindet. Der Streik, der am 11. Januar begann, wurde zunächst gegen die Entlassung von fünf ArbeiterInnen ausgerufen, die führende AktivistInnen der Gewerkschaft in der Freihandelszone sind. Die Firma war erst vor zwei Jahren nach einem vorangegangenen Konflikt gewerkschaftlich organisiert worden, und es ist klar, dass das Management nun beabsichtigt, die Gewerkschaft wieder zu zerschlagen. In seiner Antwort an die UnterstützerInnen des Streiks in Großbritannien schrieb John Taylor, Vorsitzender des Board of Directors von ATG, dass das Unternehmen „den Dialog mit den ArbeiterInnen und ArbeitnehmervertreterInnen durch den Betriebsrat und die täglichen Kontakte zu den USA weiter verstärken werde“. Dies zeigt, dass er nur mit der Gewerkschaft verhandeln wird, wenn er dazu gezwungen wird!

Am 16. Januar wurden Gewerkschaft und Management zu einem Treffen des stellvertretenden Kommissars für Arbeit (Assistant Commissioner of Labour =ACL) für den Distrikt eingeladen. Die Gespräche wurden jedoch abgebrochen, weil ATG einen Vorschlag des Kommissars für Arbeit, die entlassenen ArbeiterInnen betreffend, nicht akzeptierte. Bei weiteren Treffen am 21. und 24. Januar kam es ebenfalls zu keiner Einigung, doch zwischenzeitlich erstritt sich das Unternehmen eine gerichtliche Anordnung, durch die Gewerkschaftsfunktionäre vom Treffen mit Streikenden abgehalten werden sollten.

Die Streikenden und ihre UnterstützerInnen aus anderen Gewerkschaften und der Öffentlichkeit planen daraufhin am 27. Februar eine große Demonstration in der Freihandelszone.

Wie bei den meisten ArbeiterInnen in der Freihandelszone kommen die Streikenden, von denen 150 junge Frauen sind, aus weit entfernten Dörfern und sind in Hostels und Pensionen untergebracht, für die sie Miete zahlen müssen. Es werden daher dringend Streikgelder benötigt, und die FTZ & GSEU, die der internationalen Organisation der Industriegewerkschaften IndustriALL angehört, zu der unter anderem die RMT in Großbritannien und die IG Metall in Deutschland gehören, hat Gewerkschaftsmitglieder international um Unterstützung gebeten. Unterstützt die Streikenden!

Solidaritätsadressen und Spenden an: ftzunionlanka@gmail.com